

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Voraus per Fax an 02051-945-20

**Amtsgericht Velbert
Vollstreckungsgericht**

**Nedderstrasse 40
42549 Velbert**

Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin, 27. Kammer, VG 27 K 308.14,
Kirchstr.7, 10557 Berlin, Fax 030-9014-8790

Velbert, 04.Nov. 2017

**Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von
Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit
Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17**

im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal, Hofaue 23, 42103 Wuppertal,
Aktz. Kassenzahlen 100024389 271 4+16 (staatlicher Täter)
gegen Unterzeichner (Opfer, Justizopfer)

Begründung:

**01. Unterzeichner ist nicht Schuldner, sondern als
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesfolge
ein Justizopfer ohne anwaltliche Unterstützung
trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa**

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge
sind Gegenstand der gerichtlichen Klagen des Opfers seit 2010:

> Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten
Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden
Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 4:** unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut

> **Zerschlagung 5:** unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und Hausfriedensbruch, mit verwerflicher Rufschädigung

> **Zerschlagung 6:** bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagung 7: Finale, skandalöse Zerschlagung mit juristischen Scherbenhaufen** unter Verantwortung deutscher Justiz, mit Versagung von rechtlichem Gehör für erdrückende Beweislage zu staatlich erzwungener Altersarmut, mit Verweigerung der Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes (Rehabilitierung), mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, ohne Unterstützung durch einen qualifizierten Rechtsanwalt, für den ein juristischer Scherbenhaufen wirklich zu komplex ist, und ganz Deutschland schaut zu!

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind ein juristischer Scherbenhaufen unter Verantwortung deutscher Justiz:

Das wehrlose Justizopfer, ohne Unterstützung durch einen qualifizierten Rechtsanwalt für eine nicht alltägliche Rechtsanwendung, insbesondere dem Missbrauch von Staatsgewalt, strafbarer Rechtsbeugung und massivem Verstoß gegen internationale Menschenrechte durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ausgeliefert, weist die perfide Bösartigkeit dieser Staatsanwaltschaft zurück, staatliche Übergriffe auch noch in Rechnung stellen zu wollen.

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein

Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):

„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. **Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen.**

Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15) mit Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Zerschlagung 2: unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1

Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Zerschlagung 3: unter Verantwortung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, in Erklärungsnot wegen Mitwisserschaft, medialer Rundfunk- und Fernsehsperrung, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007

Versagung von jeglichem Gehör (rechtlich, politisch, medial) zu politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers, unter direkter Beteiligung des Gebühren-finanzierten, beklagten Rundfunks trotz des Nachweises eines direkten Schadens von 100.000 EUR trotz des Nachweises eines viel höheren Schadens durch Mittäterschaft, Mitwisserschaft und strafbarer Kumpanei, trotz massiver Verstöße des Beklagten gegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht mit kapitaler Schadenswirkung auf professionelle Unternehmungen des Klägers

Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 5854/13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Zerschlagung 4: Soziale Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Versicherungszweck ist soziale Sicherheit) unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigem Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage/Altersarmut:

Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch verursachten Notlage, mit der dadurch verursachten Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig.

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 25)

Zerschlagung 5: unter Verantwortung von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft mit verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte

Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter, massiver Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz

Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 170)

Zerschlagung 6: Fortsetzung der Klage in 2017 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin Bis heute (2017): Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte - Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

02. Schuldner ist nicht der Unterzeichner, sondern der staatliche Täter mit skrupelloser, diskriminierender, diffamierender, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft, weil Anspruch auf Schadenersatz, Rehabilitierung und Schmerzensgeld Missbrauch gesetzlicher Einrichtungen für soziale Sicherheit zu sozialer Zerschlagung (Zerschlagung 4) und massiver Verstoß gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5) Missachtung des Einspruchs vom 07.Sept. 2017 und Missbrauch von Staatsgewalt durch die Obergerichtsvollzieherin für aktive Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenerschlagung mit Todesfolge

Das Opfer hat mit seinem Einspruch vom 07.Sept. 2017 (Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02) unmissverständlich Widerstand gegen missbräuchliche Anwendung von Staatsgewalt kommuniziert. Der Einspruch ist eine Willenserklärung, mit der man zu erkennen gibt, mit einer Entscheidung oder einem Verfahren nicht einverstanden zu sein, eine Möglichkeit, gegen eine nachteilige Entscheidung einer Behörde vorzugehen, ein Rechtsbehelf, der gegen bestimmte Verwaltungsakte eingelegt werden kann. ein Rechtsbehelf gegen bestimmte gerichtliche Entscheidungen. Der Obergerichtsvollzieherin ist strafbare Ignoranz vorzuwerfen, weil Sie den Einspruch wegen **extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe** überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hat, weil sie in ignoranter Weise das staatliche Gewaltmonopol missbraucht hat und weil sie sogar ihren Faxanschluss inaktiviert hat (siehe Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02, Sendeprotokolle Fax11, Fax12, Fax13), um die Kenntnis von strafbarer Rechtsbeugung zu verhindern
Siehe Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01.

Darüber hinaus wurde längst gegen die Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet mit anschließendem Klageerzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht:

Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren zu Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, zu schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter, zu massivem Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen (**Zerschlagung 5**)

Sieh Verfassungsbeschwerde vom 14. Februar 2016

nach Eskalation von schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 und nach Anzeige und Klage vom 22.06.2014 beim Amtsgericht Mettmann wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls und wegen Hausfriedensbruch und wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Die Obergerichtsvollzieherin sagt **die Unwahrheit**, indem Sie behauptet, das Opfer habe Ihren Termin versäumt, ggf. ohne ausreichende Entschuldigung.
Tatsache ist, dass die Obergerichtsvollzieherin einer nicht überwindbaren Befangenheit unterliegt, weil es für sie nicht vorstellbar ist, dass es für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand gibt (sieh Art.20 Abs.4 GG)

Offensichtlich wurde hier das blindgläubige Vertrauen einer ahnungslosen Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt ausgenutzt, von einer **skrupellosen, diskriminierenden, diffamierenden, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft gegen wehrlose Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge, mit massivem Verstoß gegen internationale und europäische Menschenrechte, und deutsche Grundrechte.**

In diesem Zusammenhang wird hier darüber informiert, dass vom Opfer im September 2017 das Bundesverfassungsgericht **mit 3 Verfassungsbeschwerden** angerufen wurde wegen Versagung von rechtlichem Gehör am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Zerschlagung 3) und wegen Versagung von rechtlichem Gehör am Landgericht Wuppertal (Zerschlagung 1 und 2)
dass vom Opfer am Verwaltungsgericht Berlin Rehabilitation mit Schadenersatz und / oder entsprechender Förderung intensiv beklagt wird.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>
Scroll down after link (page 41)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>
Scroll down after link (page 50)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>
Scroll down after link (page 29)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch Obergerichtsvollzieherin Kreyenpoth sind hiermit ausführlich begründet.

Velbert, 04. Nov. 2017



Albin L. Ockl

Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01

Förmliche Zustellung der OGV'in Kreyenpoth vom 18.10.2017 (zugestellt am 23.10.2017)

Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02

Einspruch des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom 07.Sept.2017

Anlage Zerschlagung5-01

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

Anlage Zerschlagung5-02

Urteil vom 10.08.2016 mit **strafbarer Rechtsbeugung**:

Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen fiktiver, wahrheitswidriger Verkehrsordnungswidrigkeit mit unerträglicher Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft

Die detaillierten Ausführungen zu

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von

Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit

Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 sind zusätzlich nachlesbar in der

Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Voraus per Fax an 0202-498-3504

**Landgericht Wuppertal
Beschwerdegericht zu
16 M 1104/17 Amtsgericht Velbert**

**Eiland 1
42103 Wuppertal**

Velbert, 30.Jan.2018

**Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 1104/17 des
Amtsgerichtes Velbert** vom 15.Jan.2018 (eingegangen am 18.Jan.2018)
mit Zurückweisung jeglicher Kostenverantwortung wegen mehrfachen
Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit
Anweisung durch die beklagte Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Anspruch auf Schmerzensgeld nach
**Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von
Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit
Zwangsvollstreckungsache 1 DR II 1102/17**
im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal, Hofaue 23, 42103 Wuppertal,
Aktz. Kassenzeichen 100024389 271 4+16 (staatlicher Täter)
**im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

Bundesrepublik Deutschland, hier vertreten von weisungsgebundener
Staatsanwaltschaft Wuppertal, Schuldner für Staatshaftung
Albin Ockl (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis
6, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems),

Begründung mit fortlaufender Nummerierung:

03. Justiz eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems: Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt) mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitation, für Treib- und Hetzjagd nach politisch motivierten Zerschlagungen trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

04. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt): Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

05. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt): Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches, Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem seit 2010

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**

sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor

Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter

Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit

verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für

Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen Vergleich (2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018) degeneriert ist

Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von Staatsgewalt durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft „Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender Doppelverfolgung am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und Diffamierung Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem: Frontalangriff auf das Grundgesetz

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der Internet-Cloud nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Zu 03. Justiz eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems: Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt) mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, für Treib- und Hetzjagd nach politisch motivierten Zerschlagungen trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Der Beschwerdeführer hat mit Schriftsatz vom 04.Nov.2017 Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal gestellt. Sieh Anlage LG-1802. Der Schriftsatz enthält folgende Kapitel:

Kapitel 01. Unterzeichner ist nicht Schuldner, sondern als Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge ein Justizopfer ohne anwaltliche Unterstützung trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel 02. Schuldner ist nicht der Unterzeichner, sondern der staatliche Täter mit skrupelloser, diskriminierender, diffamierender, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft, weil Anspruch auf Schadenersatz, Rehabilitierung und Schmerzensgeld Missbrauch gesetzlicher Einrichtungen für soziale Sicherheit zu sozialer Zerschlagung (Zerschlagung 4) und massiver Verstoß gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5) Missachtung des Einspruchs vom 07.Sept. 2017 und Missbrauch von Staatsgewalt durch die Obergerichtsvollzieherin für aktive Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Das Opfer hat mit seinem Einspruch vom 07.Sept. 2017 (Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02) unmissverständlich Widerstand gegen missbräuchliche Anwendung von Staatsgewalt kommuniziert. Der Einspruch ist eine Willenserklärung, mit der man zu erkennen gibt, mit einer Entscheidung oder einem Verfahren nicht einverstanden zu sein, eine Möglichkeit, gegen eine nachteilige Entscheidung einer Behörde vorzugehen, ein Rechtsbehelf, der gegen bestimmte Verwaltungsakte eingelegt werden kann. ein Rechtsbehelf gegen bestimmte gerichtliche Entscheidungen. Der Obergerichtsvollzieherin ist strafbare Ignoranz vorzuwerfen, weil Sie den Einspruch wegen **extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe** überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hat, weil sie in ignoranter Weise das staatliche Gewaltmonopol missbraucht hat und weil sie sogar ihren Faxanschluss inaktiviert hat (sieh Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02, Sendeprotokolle Fax11, Fax12, Fax13), um die Kenntnis von strafbarer Rechtsbeugung zu verhindern Sieh Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01.

Darüber hinaus wurde längst gegen die Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet mit anschließendem Klageerzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht:

Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren zu Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, zu schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter, zu massivem Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen (**Zerschlagung 5**)

Sieh Verfassungsbeschwerde vom 14. Februar 2016

nach Eskalation von schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 und nach Anzeige und Klage vom 22.06.2014 beim Amtsgericht Mettmann wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls und wegen Hausfriedensbruch und wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Die Obergerichtsvollzieherin hat **die Unwahrheit gesagt**, indem Sie behauptet hat, das Opfer habe Ihren Termin versäumt, ggf. ohne ausreichende Entschuldigung. **Die Obergerichtsvollzieherin wurde schriftlich per Post informiert, weil sie trotz mehrfacher Bemühungen per Fax nicht erreichbar war.**

Tatsache ist, dass die Obergerichtsvollzieherin einer nicht überwindbaren Befangenheit unterliegt, weil es für sie nicht vorstellbar ist, dass es für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand gibt (siehe Art.20 Abs.4 GG)

In diesem Zusammenhang wurde darüber informiert, dass vom Opfer im September 2017 das Bundesverfassungsgericht **mit 3 Verfassungsbeschwerden** angerufen wurde wegen Versagung von rechtl. Gehör am **Verwaltungsgericht Düsseldorf** (Zerschlagung 3) und wegen Versagung von rechtl. Gehör am **Landgericht Wuppertal** (Zerschlagung 1 und 2)

dass vom Opfer zur Zeit **am Verwaltungsgericht Berlin** Rehabilitierung mit Schadenersatz und / oder entsprechender Förderung intensiv beklagt wird.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Darüber hinaus muss das Opfer nun feststellen, dass vom **Amtsgericht Velbert und Amtsgericht Mettmann** eine verfassungswidrige Doppelverfolgung betrieben wird.

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch die Obergerichtsvollzieherin wurden hiermit ausführlich begründet.

Die detaillierten Ausführungen von Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt (Anlage LG-1802) sind zusätzlich nachlesbar im Internet:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Zu 04. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt): Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

Das herausragende Lebenswerk des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen sind Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: die

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (1977-2003)

mit dem weltweit größten Congressangebot zur digitalen Evolution in Deutschland und Europa > > > www.euro-online.de

Sieh auch weiterführendes Congressmesse-Archiv

<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Dieses weltweit herausragende Lebenswerk wurde nachhaltig zerstört mit einer gigantischen Umverteilungspolitik,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017)

Die gigantische Umverteilungspolitik verursachte

gigantische Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010.

Gerhard Schröder referierte auf der **Europäischen Congressmesse ONLINE'91** auf Einladung des Justizopfers:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Gerhard Schröder war damals Ministerpräsident von Niedersachsen (1991-1998), **Frank-Walter Steinmeier** trat 1991 (offensichtlich vor der ONLINE'91) als Referent für Medienpolitik (1993 als Büroleiter des Ministerpräsidenten) in die Niedersächsische Staatskanzlei ein.

Der Ministerpräsident war zum VIP-Empfang der ONLINE'91 unmittelbar vor seiner Rede eingeladen, in Anwesenheit von

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und zum Zeitpunkt der ONLINE'91 Präsident des Bundesrates.

Zum VIP-Treffen ist der Ministerpräsident **nicht** erschienen, hat aber im Plenum der ONLINE'91 als Sprecher teilgenommen. Sieh Internet-Link oben.

Anzunehmen ist, dass er vom Referenten für Medienpolitik Steinmeier begleitet wurde (im Auditorium anwesend). Die neuen Medien waren Schwerpunktthema.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Das ist das Lebenswerk des Justizopfers, es hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, **es kann nichts anderes**. Aber das professionell und mit Perfektion.

Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche ITK-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze. "8 Congresses in 1 Messe", jeder Congress mit 4 **ganztägigen** Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu**

32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit **zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der innovationsorientierten Aussteller und

abschließende, ganztägige Tutorials mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter für den innovationsorientierten Mittelstand. Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den

"Nationalen IT-Gipfel" (heute Digital-Gipfel unter „Federführung“ der Beklagten, des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Erdrückende Beweislage durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der ITK-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert.

Dieser Innovationsmarkt wurde mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 der Schröder-Regierung völlig zerstört. Mit einem Markteingriff der Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor mehr als 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, und der bis heute andauernden staatlichen Diskriminierung wurde **das Lebenswerk und ansehnliche Altersrücklagen des Justizopfers irreversibel zerstört, seine Existenz-Grundlage vernichtet.**

Mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) wurde das Loch im Bundeshaushalt (25%) gefüllt. Der Bundeshaushalt 2000/2001 ist das **größte Milliardengrab aller Zeiten**, weil nach 1 Jahr das Loch wieder da war: **Tatsache ist, dass mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag der deutsche Innovationsmarkt zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im Bundeshaushalt 2000 / 2001**, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland. 1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es wieder da, sodass einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 und HARTZ IV nicht mehr vermeidbar waren:

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Selbst der Flughafen Berlin 2017 ist im Vergleich nur ein kleines Milliardengrab, wobei am Ende hoffentlich ein funktionsfähiger Flughafen existiert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt 2001/2002:

Das Loch im Bundeshaushalt war nach 1 Jahr wieder da und die Probleme waren um ein Vielfaches gewachsen, weil der Innovationsmarkt völlig zerstört war und ausländische und inländische Kapitalgeber (Kapitalflucht) keinerlei Lust hatten, mit Investitionen in den Innovationsmarkt „schwarze Löcher“ im Bundeshaushalt zu finanzieren, an denen Albert Einstein seine Relativitätstheorie hätte nachweisen können

> > > **Beweis durch Zeugnis des**

Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier,

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000.

Mit der gigantischen Umverteilungspolitik wurde auch dem deutschen Staat ein **gigantischer Schaden** zugefügt, mit einer Ausführung, die in einem Rechtsstaat die Anwendung von Notstandsgesetzen für Notstandssituationen voraussetzt.

Im Jahr 2000 war Deutschland digitale Spitze im globalen Vergleich. **Heute? Altkanzler Gerhard Schröder ist Putin-Berater mit dicker Bundeskanzler-Pension.**

Die deutsche Digital-Branche ist dank seiner gigantischen Umverteilungspolitik in einem jämmerlichen Zustand:

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Die ganze Tragweite dieser desaströsen Umverteilungspolitik wird sichtbar mit einem Blick auf das weltweite Ranking wertvollster Unternehmen Ende 2017:

Wertvollste Unternehmen

(Marktkapitalisierung Dez. 2017)

1. Apple / USA.....876 Mrd \$
2. Alphabet(Google) / USA....733 Mrd \$
3. Microsoft / USA.....661 Mrd \$
4. Amazon / USA.....570 Mrd \$
5. Facebook / USA.....516 Mrd \$
6. Berkshire Hathaway / USA..490 Mrd \$
7. Tencent Holdings / CHN....484 Mrd \$
8. Alibaba / CHN.....444 Mrd \$

Auf den ersten 8 Plätzen (Platz 6 ausgenommen) sind nur Unternehmen der Digitalbranche, das wertvollste Unternehmen Deutschlands (SAP) belegt Platz 60, USA belegt die ersten 5 Plätze, China Platz 7 und 8.

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin wurde kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung: nur z.B.

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - **Neue Aufgaben für Aufbau Ost:** Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - **Koalitionsvertrag und Breitband-Internet**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -

Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -

Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger
des Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Erdrückende Beweislage durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder
durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Dieses Beweismaterial wurde in 2014/2015 vorgelegt bei
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14, Juni 2014)

27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (27 K 308.14)

2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)

18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)

III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)

BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 zu III ZB 108/15)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

Umverteilung kann nicht darin bestehen,

dass ein umverteilter Bürger zum Justizopfer gemacht wird,
dass ihm trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa einfach alles weggenommen wird und in erzwungener
Altersarmut anschließend von einer weisungsgebundenen, skrupellosen,
diskriminierenden Staatsanwaltschaft mit beklagten Weisungsgeber
(Bundeskanzleramt) und von Obergerichtsvollziehern sozialer
Pflichtversicherungen ohne Sinn und Verstand wie eine Sau durchs Dorf
getrieben wird.

Dies alles trotz erdrückender Beweislage, Beweise nach Bedarf erweiterbar!

Das ist Faktenlage 2018 in deutscher Justiz (sieh politisch motivierte
Zerschlagungen 1 bis 6)

Deutsche Justiz hat Defizite von den Amtsgerichten bis zum
Bundesverfassungsgericht.

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf, Justiz muss definitiv bei politisch
motivierten Zerschlagungen einschreiten.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Zu 05. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt): Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches, Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem seit 2010

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind Gegenstand der gerichtlichen Klagen des Beschwerdeführers seit 2010:

> **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 4:** unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut

> **Zerschlagung 5:** unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und Hausfriedensbruch, mit verwerflicher Rufschädigung

> **Zerschlagung 6:** bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagungswende?** : Finale, skandalöse Zerschlagung mit juristischen Scherbenhaufen unter Verantwortung deutscher Justiz ? mit Versagung von rechtlichem Gehör für erdrückende Beweislage zu staatlich erzwungener Altersarmut ?

mit Verweigerung der Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes (**Rehabilitierung**) mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa ?

ohne qualifizierte anwaltliche Unterstützung, weil die anwaltliche Vertretung eines Justizopfers (juristischer Scherbenhaufen politisch motivierter Zerschlagungen) mit PKH-Konditionen zu komplex ist, und ganz Deutschland schaut zu!

> **Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):**
„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen. Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen.
Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Ausgeholt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.

Den Stoff aufgearbeitet in unzähligen Briefen an die „politische Elite“, bis heute abgestraft mit Versagung selbst einer Empfangsbestätigung, geschweige denn einer Beantwortung, in jahrelangem Streit mit einer regierungsnahen deutschen Justiz durch alle Instanzen seit 2010, ohne anwaltliche Unterstützung, bis heute abgestraft mit Versagung von rechtlichem Gehör. **Gegen eine Wand des Schweigens!**

Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz

am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15) mit

Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Zerschlagung 2: unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1

Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Zerschlagung 3: unter Verantwortung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, in **Erklärungsnot wegen Mitwisserschaft, medialer Rundfunk- und Fernsehsperr, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007**

Versagung von jeglichem Gehör (rechtlich, politisch, medial) zu politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers, unter direkter Beteiligung des Gebühren-finanzierten, beklagten Rundfunks trotz des Nachweises eines direkten Schadens von 100.000 EUR trotz des Nachweises eines viel höheren Schadens durch Mittäterschaft, Mitwisserschaft und strafbarer Kumpanei, trotz massiver Verstöße des Beklagten gegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht mit kapitaler Schadenswirkung auf professionelle Unternehmungen des Klägers
Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 5854/13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Zerschlagung 4: Soziale Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Versicherungszweck) unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigem Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage/Altersarmut:

Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch verursachten Notlage, mit der dadurch verursachten Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 25)

Zerschlagung 5: unter Verantwortung von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft mit verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte, mit **beklagten** Weisungsgeber (Bundeskanzleramt)
Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter,

massiver Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz, Rechtsanspruch auf Schmerzensgeld wegen staatsanwaltschaftlicher Misshandlungen

Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Zerschlagung 6: Fortsetzung der Klage in 2017 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin

Bis heute (2018): Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge,

nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter

Verantwortung der deutschen Bundesregierung,

erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der

staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf

deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf

rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin, 27. Kammer, VG 27 K 308.14 seit 2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und verfassungswidriger Doppelverfolgung!

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 6 wehrt sich seit 2010 gegen staatliche Übergriffe

auf Anraten des Deutschen Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

und auf Anraten des Deutschen Bundestags

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Trotz aller juristischer Anstrengungen konnte das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 6 bis heute nicht verhindern, dass es zum **Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems** gemacht wurde:

Herrschaft des Unrechts

oder so funktioniert das teuflische Unrechtssystem:

Die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für das wehrlose Justizopfer werden abgetrennt und mit Versagung von rechtlichem Gehör zu deren Ursachen wird das **Justizopfer verantwortlich gemacht für die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen:**

So werden Pflichtversicherungen zu sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung missbraucht. Sieh Anlage „**Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4**“

So werden internationale Menschenrechte z.B. durch Missbrauch von Erzwingungshaft ausgeschaltet durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft mit der perfiden Überzeugung, einen Kostenanspruch für solche Verfahren auch noch mit Zwangsmaßnahmen durchsetzen zu können. Sieh „**Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5**“

Dem Justizopfer wird eventuell auch eine anwaltliche Vertretung mit Prozesskostenhilfe zugestanden. Jedoch:

Eine qualifizierte anwaltliche Vertretung des Justizopfers ist praktisch unmöglich, weil qualifizierte Rechtsanwälte nicht bereit sind, zu PKH-Konditionen die anwaltliche Vertretung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens zu übernehmen.

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern viel schlimmer:

Justizopfer ist Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts), z.B.

durch ständige Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör, **ein besonders schwerer Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht nach Art.103 Abs.1 GG**

im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge **bei der Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen**

**Zu 06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor
Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter
Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit
verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für
Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen Vergleich
(2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018) degeneriert ist
Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von
Staatsgewalt
durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft
„Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender
Doppelverfolgung
am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert
zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers
in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und Diffamierung
Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe
in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem:
Frontalangriff auf das Grundgesetz**

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit
Todesfolge
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für
digitale Evolution in Deutschland und Europa
soll einer Obergerichtsvollzieherin, die sowieso nichts verändern kann, ein
teuflisches, Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem erklären.

Selbst bei schriftlichen Erklärungsversuchen mit erfolglosen Faxversuchen (sich
Fax11, Fax12, Fax13 in Anlage Zerschlagung5-01, Anlage Staatsgewalt-
Missbrauch 02) versteht die Dame nur noch „Bahnhof“ (tatsächlich pure Realität),
wirft dem Opfer Terminversäumnis ohne ausreichende Entschuldigung vor und
setzt noch einen drauf: Eintragung ins zentrale Schuldenverzeichnis. Sieh Kapitel
03. Widerspruch ist unvermeidbar. Für den Beschwerdeführer nicht mehr
nachvollziehbar: Warum muss auch noch eine Obergerichtsvollzieherin, die
sowieso nichts verändern kann, hier eingeschaltet werden?
Das ist verantwortungsloser, teuflischer Missbrauch von Staatsgewalt, um eine
maximale Schädigung des Opfers zu erreichen:
2xBußgeld + Zwangsgeld + Eintragung in zentrales Schuldenverzeichnis +
Freiheitsberaubung +

Eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem beklagten
Bundeskanzleramt kann dies erklären und die Judikative, die im Gegensatz zur
Obergerichtsvollzieherin etwas verändern kann, **versagt jegliches Gehör und
schaut weg in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden
Unrechtssystem.**
**Das Treiben der Staatsanwaltschaft am Amtsgericht Velbert und am
Amtsgericht Mettmann ist längst sowas von verfassungswidrig. Ein
Verfassungsverstoß nach dem andern.**

Doppelverfolgung wegen einer „Geldbuße“ aus Urteil mit Rechtsbeugung:

Eine „Geldbuße“ aus einem **Urteil mit Rechtsbeugung** (Anlage 1803a) und
> ihre Eintreibung am Amtsgericht Mettmann (**Anlage LG-1804 a**
Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom
22.12.2017: Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
von 7 (Stunden, Wochen, Jahre? Offensichtlich mit Formfehler) und
> ihre Eintreibung am Amtsgericht Velbert (**Anlage LG-1801**
Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15.Jan.2018:
Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe durch Doppelverfolgung).

Der Vorwurf der Doppelverfolgung bei der Eintreibung einer rechtswidrigen
Geldbuße ist leicht erkennbar: Sieh

Anlage LG-1805 a

Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der
Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth vom 01.09.2017 mit

Anlage LG-1805 b

Zweitschrift der Staatsanwaltschaft für den Gerichtsvollzieher
mit 180 € aus Urteil vom 10.08.2016

Teuflich: So soll der Vollstreckungsschuldner aufs Kreuz gelegt und
betrogen werden: Verfassungswidrige Spitzenleistung!

Doppelte Vollstreckung mit Freiheitsberaubung unter dem
Deckmantel von Erzwingungshaft (**Anlage LG-1804 a**)

Der Grundsatz *ne bis in idem* (lateinisch für *nicht zweimal in derselben Sache*),
eigentlich *bis de eadem re ne sit actio* („zweimal sei in derselben Sache keine
Gerichtsverhandlung“) schon vom athenischen Redner Demosthenes (384-322
v.Chr.) erkannt, für deutsche Gerichte: **Sieh Art.103 Abs.3 GG.**

Aber nicht nur **verfassungswidrige Doppelverfolgung** in der gleichen Sache,
sondern „Geldbuße“ aus einem Gerichtsurteil am Amtsgericht Mettmann mit
strafbarer Rechtsbeugung (§339 StGB). Das Opfer hat dagegen sofortige
Beschwerde am Landgericht Wuppertal eingelegt. Dort wurde jedoch rechtliches
Gehör versagt. Das ist ein **erneuter Verstoß gegen das grundrechtsgleiche
Recht nach Art.103 Abs.1 GG.**

**So funktioniert ein teuflisches, Menschenrechte-verletzendes
Unrechtssystem mit Freiheitsberaubung im Wiederholungsfall und einer
verfassungswidrigen Spitzenleistung! (Zerschlagung 5)**

Der Vorwurf der Doppelverfolgung bezieht sich auf das Urteil der Amtsgerichtes
Mettmann (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) vom 10.08.2016 **wegen einer
Verkehrsordnungswidrigkeit, die überhaupt nicht stattgefunden hat
(strafbare Rechtsbeugung)**

Sieh **Anlage LG-1803a**

Urteil des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 zu Geldbuße
von 180 € wegen Verkehrsordnungswidrigkeit, obwohl keine
Verkehrsordnungswidrigkeit vorgelegen hat.

**Das Opfer hat gegen das Urteil sofortige Beschwerde an das Landgericht
Wuppertal wegen strafbarer Rechtsbeugung und anderen schlimmen
Sachen eingelegt. Sieh Anlage LG-1803 b**

Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit
dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung
in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von
rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit
Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Gegen die verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von Staatsgewalt durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft durch „Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender Doppelverfolgung ist sofortige Beschwerde beim Landgericht Wuppertal eingereicht

> **Anlage LG-1804 a**

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.12.2017: Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft von 7 (Stunden, Wochen, Jahre? Offensichtlich mit Formfehler)

> **Anlage LG-1804 b**

Schriftsatz vom 19. Jan. 2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 55)

> **Anlage LG-1801**

Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15. Jan. 2018: Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe durch Doppelverfolgung **Hier:** Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15. Jan. 2018 im Umfeld

eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit Freiheitsberaubung im Wiederholungsfall und einer verfassungswidrigen Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von Staatsgewalt zur sozialen und psychischen Zerschlagung des Opfers! (Zerschlagung 5)

Das Opfer mit staatlich erzwungener Altersarmut klagt auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Landgericht Wuppertal, Verwaltungsgericht Düsseldorf und Verwaltungsgericht Berlin.

Velbert, 30. Januar 2018



Albin L. Ockl

Anlagen der sofortigen Beschwerde

Anlage LG-1801

Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15.Jan.2018:
Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe durch Doppelverfolgung

Anlage LG-1802

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert mit Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt mit den Anlagen Staatsgewalt-Missbrauch 01 und 02

Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01

Förmliche Zustellung der OGV'in Kreyenpoth vom 18.10.2017 (zugestellt am 23.10.2017)

Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02

Einspruch des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom 07.Sept.2017 mit den Anlagen Zerschlagung5-01 und -02.

Anlage Zerschlagung5-01

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

Anlage Zerschlagung5-02

Urteil vom 10.08.2016 mit **strafbarer Rechtsbeugung**:

Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen fiktiver, wahrheitswidriger Verkehrsordnungswidrigkeit mit unerträglicher Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft

Die detaillierten Ausführungen zu

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlage LG-1803 a

Urteil des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016 zu Geldbuße von 180 € wegen Verkehrsordnungswidrigkeit, obwohl keine Verkehrsordnungswidrigkeit vorgelegen hat.

Anlage LG-1803 b

Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtllichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage LG-1804 a

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.12.2017: Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft von 7 (Stunden, Wochen, Jahre? Offensichtlich mit Formfehler)

Anlage LG-1804 b

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu

hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann
zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Anlage LG-1805 a

Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der
Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth vom 01.09.2017 mit

Anlage LG-1805 b

Zweitschrift der Staatsanwaltschaft für den Gerichtsvollzieher
mit 180 € aus Urteil vom 10.08.2016

Teuflich: So soll der Vollstreckungsschuldner aufs Kreuz gelegt und
betrogen werden: Verfassungswidrige Spitzenleistung!

Doppelte Vollstreckung mit Freiheitsberaubung unter dem
Deckmantel von Erzwingungshaft (**Anlage LG-1804 a**)

**Legende aller schriftlichen Eingaben an das Amtsgericht Velbert
und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung
verfassungswidriger Zwangsverfahren der Staatsanwaltschaft**

**Schriftsatz vom 04.Nov.2017 Widerspruch und Antrag auf
Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch
OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II
1102/17 im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal**

01. Unterzeichner ist nicht Schuldner, sondern als
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesfolge
ein Justizopfer ohne anwaltliche Unterstützung
trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa

02. Schuldner ist nicht der Unterzeichner, sondern der staatliche
Täter mit skrupelloser, diskriminierender, diffamierender,
weisungsgebundener Staatsanwaltschaft, weil Anspruch auf
Schadenersatz, Rehabilitierung und Schmerzensgeld
Missbrauch gesetzlicher Einrichtungen für soziale Sicherheit zu
sozialer Zerschlagung (Zerschlagung 4) und massiver Verstoß gegen
internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Missachtung des Einspruchs vom 07.Sept. 2017 und Missbrauch von
Staatsgewalt durch die Obergerichtsvollzieherin für aktive Beteiligung
an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesfolge
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

**Schriftsatz vom 30.Januar 2018: Sofortige Beschwerde gegen
Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom
15.Jan.2018 (eingegangen am 18.Jan.2018)
mit Zurückweisung jeglicher Kostenverantwortung wegen
mehrfachen Missbrauch von Staatsgewalt durch
weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit Anweisung durch die
beklagte Bundesregierung / Bundeskanzleramt**

03. Justiz eines
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems:
Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft
mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt)
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung,
für Treib- und Hetzjagd nach politisch motivierten Zerschlagungen
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

04. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen
Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung
(Bundeskanzleramt):
Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden
Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf
rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter
Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin
kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen
Unrechtssystems ist zu schützen

05. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen
Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung
(Bundeskanzleramt):

Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden
Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf
rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

**Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches,
Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem seit 2010**

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor
Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter
Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit
verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
für Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen
Vergleich (2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018)
degeneriert ist

Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs
von Staatsgewalt

durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft
„Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender
Doppelverfolgung

am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert
zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers
in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und
Diffamierung

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe
in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem:
Frontalangriff auf das Grundgesetz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Voraus per Fax an 0202-498-3508

Landgericht Wuppertal
16.Zivilkammer
16 T 48/18

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 15.Sept.2019

16 T 48/18 (16 M 1104/17 Amtsgericht Velbert)
**Zurückweisung jeglicher Kostenverantwortung zu
verfassungswidrigen Verfahren einer Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungsjustiz:**
Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung einer
gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit politisch motivierten Zerschlagungen,
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung (Sippenhaft)
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfer
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen

**Hier: Einspruch und Anträge gegen den Beschluss vom
27.08.2019 (eingegangen am 05.Sept.2019) mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO zu
Sofortiger Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18
des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018**

Begründung mit fortlaufender Nummerierung:

07. Opferkriminalisierungsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer, als Täter kriminalisiert wegen staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto, mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht Wuppertal

mit Kostenmaximierung durch eine Orgie von erzwungenen Opferkriminalisierungsverfahren,

mit Richterwechsel an der 16.Zivilkammer

Politisch motivierte Sippenzerschlagung: Generationen übergreifend, Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft bei Durchsetzung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Aufdeckung der Wahrheit gegen eine Berliner Mauer des Schweigens mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre, Justizsperre

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

08. Alle Beschwerdeverfahren an der 16.Zivilkammer einschließlich Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth sind Gegenstand der neuen Verfassungsbeschwerde vom 28.Aug.2019 wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen. Opferkriminalisierung der Opfer einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 Mit verruchten Methoden der NS-Justiz:

Generationen übergreifende Sippenhaft mit zwei Todesopfer, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden

Kein Weiter so!

Antrag auf Fortsetzung der Schadenersatz-Verfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)

> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1.Mittäter am Geburtsort)

09. An Perversität nicht zu überbieten:

Politisch motivierte Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Sippenhaft und Generationenhaft: Wie ist das möglich?

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenhaft in

Generationen übergreifender Kontinuität mit 2 Todesopfern

Zerschlagungen sind das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort

mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre

Kein Weiter so!

Antrag auf vollumfängliche und lückenlose Aufklärung am Landgericht / Sondergericht, mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz und Antrag auf Wiederaufnahme der Schadenersatz- und Rehabilitierung-Verfahren

mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Zu 07. Opferkriminalisierungsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer, als Täter kriminalisiert wegen staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto, mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht Wuppertal

mit Kostenmaximierung durch eine Orgie von erzwungenen Opferkriminalisierungsverfahren,

mit Richterwechsel an der 16.Zivilkammer

Politisch motivierte Sippenzerschlagung: Generationen übergreifend, Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft bei Durchsetzung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Aufdeckung der Wahrheit gegen eine Berliner Mauer des Schweigens mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre, Justizsperre

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Mit Schriftsatz vom 30.Januar 2018 an die 16.Zivilkammer, also mit dem Wissensstand und der Faktenlage Ende 2017 ausführlich vorgetragen in den Kapiteln 03 bis 06:

Kapitel 03. Justiz eines

teuflichen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems:

Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt) mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör

für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung,

für Treib- und Hetzjagd nach politisch motivierten Zerschlagungen trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel 04. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt):

Teil eines teuflichen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflichen Unrechtssystems ist zu schützen

Kapitel 05. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt):

Teil eines teuflichen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit

grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103

Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches, Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem seit 2010

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit **Todesfolge** sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

Kapitel 06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen Vergleich (2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018) degeneriert ist
Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von Staatsgewalt

durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft „Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender Doppelverfolgung am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und Diffamierung
Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem:
Frontalangriff auf das Grundgesetz

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Der Beklagte ist kein Täter, sondern das Opfer, das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden.

Die 16.Zivilkammer wurde in 2019 von folgenden Einzelrichtern vertreten:

Vorsitzender Richter am Landgericht Kern

Richter am Landgericht Kollat

Richterin am Landgericht Dr. Salamon-Limberg

hier durch Einzelrichter Kollat vertreten.

Totale Versagung von rechtlichem Gehör im Umfeld von

Opferkriminalisierung und Sippenhaft mit Todesopfer:

ist mehrfach verfassungswidrig und wird daher mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO zurückgewiesen.

**Zu 08. Alle Beschwerdeverfahren an der 16.Zivilkammer einschließlich
Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth sind
Gegenstand der neuen Verfassungsbeschwerde vom 28.Aug.2019
wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
Opferkriminalisierung der Opfer einer gigantischen, kriminellen
Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-
Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Mit verruchten Methoden der NS-Justiz:
Generationen übergreifende Sippenhaft mit zwei Todesopfer,
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und kapitalen
Vermögensschäden**

Kein Weiter so!

**Antrag auf Fortsetzung der Schadenersatz-Verfahren zu politisch
motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort**

> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)
> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1.Mittäter am Geburtsort)

Das noch lebende Zerschlagungsoffer hat mit einer neuen
Verfassungsbeschwerde das Bundesverfassungsgericht angerufen.
Alle Beschwerdeverfahren an der 16.Zivilkammer sind
Gegenstand dieser Verfassungsbeschwerde vom 28.Aug.2019
wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opferkriminalisierung der Opfer einer gigantischen, kriminellen
Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998.

Begründung der Verfassungsbeschwerde auf 108 Seiten

wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und
mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht
mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG)

wurde am 02.Sept.2019 per Post und per Fax der 16.Zivilkammer zugestellt:

Sie umfasst folgende Kapitel:

BVERFG-21. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge
Kriminelle Vorgänge einer heimtückischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft seit 1998 gegen eine Berliner Mauer des
Schweigens scheinbar aufzudecken. Seit 2010:

Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt:
Von Klagen über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion
2000 zu Klagen über politisch motivierte Sippenzerschlagung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Aus 1 Klage an Verwaltungsgerichten

werden 2 Klagen am Landgericht Wuppertal:

> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)

> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1.Mittäter am Geburtsort)

So nicht: Trotz Prozesskostenhilfe, trotz totaler Unterdrückung von
Schadenersatzverfahren mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu den
Klagen gegen das Bundeskanzleramt, trotz erdrückender Beweislage:

> Hier: Zwangseintreibung von Gerichtskosten zu den Beschwerdeverfahren am
Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschwerde-Instanz zu den
Klagen politisch motivierter Sippenzerschlagung (Zerschlagung 1 und 2) am
Landgericht Wuppertal

Fortsetzung der Opferkriminalisierung im gesamten Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit zunehmender Verfassungswidrigkeit wegen Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Sippenhaft, mit Kostenberechnungen für Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutz-Konto, mit zusätzlicher Kostenbelastung durch Schadenersatzverfahren und Opferkriminalisierungsverfahren. Verantwortlicher Einzelrichter weg-befördert, nachrückende Richter ahnungslos trotz Vorlage einer erdrückenden Beweislast in Gerichtsverfahren seit 2010.

BVERFG-22. Gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik mit Sippenhaft, über 20 Jahre bitteres Unrecht, unter direkter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
> **Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**
> **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**
> **Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).**
unter Mitverantwortung der Mittäter
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
> Bayerische Verwaltung am Geburtsort
mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung
> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen
Scheibchenweise aufzudecken
gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens
> mit Nachrichtensperre
> mit Rundfunksperre
> mit Justizsperre (Versagung von rechtlichem Gehör)

BVERFG-23. Andere Abhilfe gemäß Art.20 Abs.4 GG bis heute nicht möglich:
Daher grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand
Opfer und Sippe des Opfers hatten nicht den Hauch einer Chance:
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!
Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, tot geschwiegen, entrechtet.
Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt
Opferkriminalisierung: Sozialgerichte kriminalisieren Justizopfer zum Täter
Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Politisch motivierte Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat:
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft am Wohnort und am Geburtsort
Schadenersatzverfahren, vom Verwaltungsgericht Berlin an das Landgericht Wuppertal verwiesen, von letzterem bis heute ohne Begründung und mit Zurückweisung des Opferanspruchs auf Begründung unterdrückt mit Zwangsvollstreckung von Gerichtskosten

BVERFG-24. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierung durch Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung mit einer staatsanwaltschaftlichen Orgie Opfer diskriminierender und kriminalisierender Gerichtsverfahren

Opfer kriminalisierende Verfahren mit Todesopfer und Sippenhaft ohne Schadenersatz

Antrag auf ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz mit Beiladung der Mittäter und
mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

**BVERFG-25. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen
Menschenrechten**

**21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Justiz**

**09 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an
Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und
Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht**

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit extremistischer Ausuferung von staatlichen Übergriffen zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung,
Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren
gegen das Zerschlagungsoffer in 2019.

Von Umverteilung und Zerschlagung
zu Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz
zu Opfer-Kriminalisierung, Treib- und Hetzjagd bis in den Tod
(Todesopfer),
zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter, Sippenhaft . . .
zu verruchten Methoden einer NS-Justiz

Abgrundtiefe politischer Justiz: Kriminelle Umverteilungspolitik mit
Sippenhaft, Opferkriminalisierung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in
den Tod nachhaltig abgesichert

BVERFG-26. Verfassungsbeschwerde wegen totaler Versagung von rechtllichem
Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und
mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht
mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG)

Daher mehrfach verfassungswidrig:

Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit
Zwangseintreibung von Gerichtskosten für Unterdrückung der Klagen auf
Rehabilitierung und Schadenersatz (hier)

Antragswiederholung auf ein Sondergericht für Klage auf Rehabilitierung und
Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung,

> weil im gesamten Akteninhalt am Landgericht Wuppertal "politisch
motivierte Sippenzerschlagung" nicht zu finden

> weil für "weg-beförderten Einzelrichter" die Nicht-Auffindbarkeit von "politisch
motivierter Sippenzerschlagung" im gesamten Landgericht nicht
erklärbar ist,

> weil das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und
am Geburtsort mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und
Justizsperre über eine

gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik nachhaltig ausgeführt

> weil das Vertrauen des Zerschlagungs- und Justizopfers in
rechtsstaatliche Verfahren am Landgericht Wuppertal nachvollziehbar
sehr begrenzt ist

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der
vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-25.pdf>

Zu 09. An Perversität nicht zu überbieten:

Politisch motivierte Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Sippenhaft und Generationenhaft: Wie ist das möglich?

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenhaft in Generationen übergreifender Kontinuität mit 2 Todesopfern
Zerschlagungen sind das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort

mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre

Kein Weiter so!

Antrag auf vollumfängliche und lückenlose Aufklärung am Landgericht / Sondergericht, mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz und Antrag auf Wiederaufnahme der Schadenersatz- und Rehabilitierung-Verfahren

mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge

Das Justizopfer beklagt

die totale Zerschlagung seiner Identität und seiner Heimat:

Das Zerschlagungsopfer ist stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben. Nach der Zerschlagung war es gezwungen, das Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in sein Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen, jederzeit einsehbar. Niemand außer ihm war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Sieh

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche

in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Das Zerschlagungsopfer hat mit dieser Weltklasse-Höchstleistung das Fundament der heutigen Digital-Branche gelegt. Dies wird tot geschwiegen mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Es ist eine teuflische Zerschlagung seiner Identität, tot geschwiegen mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre.

Die Rundfunksperre wurde von ARD-Redakteuren schriftlich zugegeben.

Opferkriminalisierung heißt, das Opfer wird verantwortlich gemacht für **21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungsjustiz unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, ohne sich wehren zu können. Eine skrupellose Justiz verschanzt sich hinter Rechtskraft, Bestandskraft und "Wer-weiß-noch-Kraft", obwohl jede Rechtsanwendung ohne Respektierung von Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten und Europäischen Menschenrechten überhaupt keine Rechtskraft hat.**

Das Opfer sieht sich aus aktuellem Anlass von

>75< Jahren Widerstand wie Graf von Stauffenberg

gezwungen zum Hinweis, dass Sippenhaft und Opferkriminalisierung verruchte Methoden einer NS-Justiz waren mit dem Unterschied, dass sich die NS-Justiz auf ein Ermächtigungsgesetz, legal zustande gekommen, abstützen konnte, während die vergleichbaren Notstandsgesetze heute nur in Notstand-Situationen nach legaler Einsetzung angewendet werden dürfen.

Jede Rechtsanwendung hat keinerlei Rechtskraft, wenn Grundrechte und Europäische Menschenrechte des Beklagten nicht respektiert werden, hier mit "Füßen getreten" werden.

Beklagt wird ein Opfer kriminalisierender Exzess im Gerichtsbezirk des Landgerichtes mit einer Orgie von Gerichtsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer in 2019:

Die Opfer einer politisch motivierten Sippenzerschlagung in Generationen übergreifender Kontinuität mit 2 Todesopfern: Zweimal politisch motivierte Todesopfer in 2 Generationen mit kapitalen Vermögensschäden, 2 Tote zu viel

> das NS-Opfer in 1945 (Vater, obwohl vom Kriegsdienst befreit, weil Inhaber eines Lebensmittelbetriebs, zum Russlandfeldzug gezwungen wegen Mitleid für hungernde Mitbürger),

> das Zerschlagungsopfer einer Volksjustiz der NS-Nachfolge-Generation mit einer staatsanwaltschaftlich gesteuerten Treib- und Hetzjagd von 1998 bis in den Tod in 2012 (Bruder, am Geburtsort) und

> das noch lebende Zerschlagungsopfer (Unterzeichner) haben alle ein herausragendes Lebenswerk, sogar mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in und für Deutschland und Europa vorzuweisen und waren keine Regime-Gegner seit 1998, wohl aber Regime-Gegner seit 1932.

Das Zerschlagungsopfer und seine Sippe hatten auch ein NS-Opfer, das nie Hitler-Fan gewesen ist wie Graf von Stauffenberg.

Die Väter der Schuldigen seit 1998 (Zerschlagung 2 am Geburtsort) waren NSDAP-Parteimitglieder. Der Bruder des Zerschlagungsopfers wurde von der nachfolgenden Generation dieser NSDAP-Parteimitglieder mit Unterstützung durch skrupellose Staatsanwälte seit 1998 in den Tod getrieben. Sein Unternehmen und sein Anwesen wurde in eine Zerschlagungsruine verwandelt. Kein Weiter so! Erdrückendes Beweismaterial wurde in der 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Nachweis der Sippenzerschlagung seit 1998 angeliefert.

Opfer-Kriminalisierung war eine verruchte Methode der NS-Justiz, um Regime-Gegner des Nationalsozialismus zu erledigen. Das lebende Zerschlagungsopfer war 3 Jahre alt, als **Graf von Stauffenberg sein Hitler-Attentat im Führerhauptquartier "Wolfsschanze" ausgeführt hat.** Dabei waren **Graf von Stauffenberg und seine Helfer** nicht die einzigen, die sich gegen die Nationalsozialisten auflehnten: Widerstand kam aus allen sozialen Schichten und fast allen politischen Richtungen.

Sippenhaft war eine verruchte Methode der NS-Justiz, um einen besonders hohen psychologischen Druck auf die Zerschlagungsopfer auszuüben.

Heimtückische Sippenhaft (sieh Zerschlagung 1 + 2), Heimtücke scheinbarweise aufzudecken gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens, ist eine kriminelle Steigerung gegenüber der NS-Justiz.

Der Vergleich mit der NS-Justiz ist unvermeidbar, nicht nur um die Schwere dieser Kriminalität aufzudecken, bewusst zu machen, sondern auch um die tatsächlichen Zusammenhänge herzustellen.

NS-Justiz war in 1945 am Ende. Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Opferkriminalisierung und Sippenhaft leider nicht, weil mit der Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 ein neues Kapitel aufgeschlagen wurde.

Hier: Hasskriminelle Spitzenleistung mit Heimtücke seit 1998!

Weisungsgebundene Staatsanwälte waren über die Zerschlagung informiert, die Richter waren willfährige Handlanger einer kriminellen Umverteilungspolitik, Opfer war(en) ahnungslos und mussten scheinbar die Wahrheit gegen Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre in jahrelangen Justizverfahren erarbeiten

Kein Weiter so! Vollumfängliche und lückenlose Aufklärung am Landgericht / Sondergericht, mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz wird beantragt.

Wiederaufnahme / Fortsetzung der Schadenersatz- und Rehabilitierungsverfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort wird beantragt mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge:

> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)

> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1.Mittäter am Geburtsort)

Das Landgericht ist mitverantwortlich an den Opferkriminalisierungsverfahren der 16.Zivilkammer und der 6.Strafkammer des Landgerichts sowie im gesamten Gerichtsbezirk,

weil es bis heute alle Schadenersatzverfahren zu kapitalen Schäden politisch motivierter Sippenzerschlagung des Zerschlagungsopfer unterdrückt.

Das vom Landgericht kriminalisierte Zerschlagungsopfer musste bis heute

zweimal Freiheitsberaubung mit

Gefängnisarrest und psychischer Folter hinnehmen

trotz Einspruch an der 6.Strafkammer in 2014 und 2018

(26 Qs 146/13, 26 Qs 82/18) und mit Wissen des Richters Mielke (Vizepräsident des Landgerichts bis Jan.2019, seitdem Präsident des Landgerichts Mönchengladbach).

Totale Versagung von rechtlichem Gehör im Umfeld von

Opferkriminalisierung und Sippenhaft

in Generationen übergreifender Kontinuität mit 2 Todesopfern

ist zu bekämpfen und wird daher mit dem

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO mit den

grundrechtsgleichen Rechten nach

Art.103 Abs.1 GG und Art.20 Abs.4 GG zurückgewiesen. :

Zweimal politisch motivierte Todesopfer in 2 Generationen mit kapitalen Vermögensschäden sind 2 Tote zu viel.

Das Zerschlagungsopfer hat mit Schriftsatz vom 04.Nov.2017 **mit vollem Recht**

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von

Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II

1102/17 im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal gestellt.

Velbert, 15.September 2019



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

Künstliche Intelligenz wird von der Politik seit 2018 erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlagen der sofortigen Beschwerde vom 31.Jan.2018

Anlage LG-1801

Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15.Jan.2018:
Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe durch Doppelverfolgung

Anlage LG-1802

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert mit Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt mit den Anlagen Staatsgewalt-Missbrauch 01 und 02

Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01

Förmliche Zustellung der OGV'in Kreyenpoth vom 18.10.2017 (zugestellt am 23.10.2017)

Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02

Einspruch des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom 07.Sept.2017 mit den Anlagen Zerschlagung5-01 und -02.

Anlage Zerschlagung5-01

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

Anlage Zerschlagung5-02

Urteil vom 10.08.2016 mit **strafbarer Rechtsbeugung**:

Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen fiktiver, wahrheitswidriger Verkehrsordnungswidrigkeit mit unerträglicher Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft

Die detaillierten Ausführungen zu

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlage LG-1803 a

Urteil des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016 zu Geldbuße von 180 € wegen Verkehrsordnungswidrigkeit, obwohl keine Verkehrsordnungswidrigkeit vorgelegen hat.

Anlage LG-1803 b

Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage LG-1804 a

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.12.2017: Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft von 7 (Stunden, Wochen, Jahre? Offensichtlich mit Formfehler)

Anlage LG-1804 b

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu

hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann
zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Anlage LG-1805 a

Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der
Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth vom 01.09.2017 mit

Anlage LG-1805 b

Zweitschrift der Staatsanwaltschaft für den Gerichtsvollzieher
mit 180 € aus Urteil vom 10.08.2016

Teuflich: So soll der Vollstreckungsschuldner aufs Kreuz gelegt und
betrogen werden: Verfassungswidrige Spitzenleistung!

Doppelte Vollstreckung mit Freiheitsberaubung unter dem
Deckmantel von Erzwingungshaft (**Anlage LG-1804 a**)

Legende aller schriftlichen Eingaben an das Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung verfassungswidriger Zwangsverfahren der Staatsanwaltschaft

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal

01. Unterzeichner ist nicht Schuldner, sondern als Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

ein Justizopfer ohne anwaltliche Unterstützung trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

02. Schuldner ist nicht der Unterzeichner, sondern der staatliche Täter mit skrupelloser, diskriminierender, diffamierender, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft, weil Anspruch auf Schadenersatz, Rehabilitierung und Schmerzensgeld

Missbrauch gesetzlicher Einrichtungen für soziale Sicherheit zu sozialer Zerschlagung (Zerschlagung 4) und massiver Verstoß gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)

Missachtung des Einspruchs vom 07.Sept. 2017 und Missbrauch von Staatsgewalt durch die Obergerichtsvollzieherin für aktive Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Schriftsatz vom 30.Januar 2018: Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15.Jan.2018 (eingegangen am 18.Jan.2018) mit Zurückweisung jeglicher Kostenverantwortung wegen mehrfachen Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit Anweisung durch die beklagte Bundesregierung / Bundeskanzleramt

03. Justiz eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems: Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt) mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, für Treib- und Hetzjagd nach politisch motivierten Zerschlagungen trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

04. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt): Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

05. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt): Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches, Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem seit 2010

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre

Eskalation zur Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**

sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit

Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor

Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter

Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit

verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für

Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen Vergleich

(2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018) degeneriert ist

Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von

Staatsgewalt

durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft

„Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender

Doppelverfolgung

am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert

zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers

in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und Diffamierung

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem:

Frontalangriff auf das Grundgesetz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Schriftsatz vom 15.September 2019 mit Einspruch und Anträgen gegen den Beschluss 16 T 48/18 vom 27.08.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO zu Sofortiger Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18 des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018 Einspruch mit den grundrechtsgleichen Rechten nach Art.103 Abs.1 GG und Art.20 Abs.4 GG

07. Opferkriminalisierungsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer,

als Täter kriminalisiert wegen staatlich erzwungener Altersarmut

mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto,

mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht

Wuppertal

mit Kostenmaximierung durch eine Orgie von erzwungenen

Opferkriminalisierungsverfahren,

mit Richterwechsel an der 16.Zivilkammer

Politisch motivierte Sippenzerschlagung: Generationen übergreifend,

Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft bei Durchsetzung einer gigantischen,

kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-

Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Aufdeckung der Wahrheit gegen eine Berliner Mauer des Schweigens

mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre, Justizsperre

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-

Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

08. Alle Beschwerdeverfahren an der 16.Zivilkammer einschließlich

Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth sind

Gegenstand der neuen Verfassungsbeschwerde vom 28.Aug.2019

wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör

im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen.

Opferkriminalisierung der Opfer einer gigantischen, kriminellen

Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Mit verruchten Methoden der NS-Justiz:

Generationen übergreifende Sippenhaft mit zwei Todesopfer, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden

Kein Weiter so!

Antrag auf Fortsetzung der Schadenersatz-Verfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)

> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1. Mittäter am Geburtsort)

09. An Perversität nicht zu überbieten:

Politisch motivierte Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Sippenhaft und Generationenhaft: Wie ist das möglich?

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenhaft in Generationen übergreifender Kontinuität mit 2 Todesopfern

Zerschlagungen sind das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort

mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre

Kein Weiter so!

Antrag auf vollumfängliche und lückenlose Aufklärung am Landgericht / Sondergericht, mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz und Antrag auf Wiederaufnahme der Schadenersatz- und Rehabilitierung-Verfahren

mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Voraus per Fax an 0202-498-3502

Landgericht Wuppertal
16.Zivilkammer
16 T 48/18

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 31.Dez.2019

16 T 48/18 (16 M 1104/17 Amtsgericht Velbert)
Zurückweisung jeglicher Kostenverantwortung zu
verfassungswidrigen Verfahren einer Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungsjustiz:

Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung einer
gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit politisch motivierten Zerschlagungen,
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung (Sippenhaft)
mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfer,
mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz
erdrückender Beweislage
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen

Hier: Einspruch und Anträge gegen den Beschluss vom 27.08.2019
(eingegangen am 05.Sept.2019) mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO
Anrufung des Bundesverfassungsgerichts nach Zurückweisung
der Anhörungsrüge mit Beschluss vom 12.12.2019 (eingegangen
am 18.12.2019 mit förmlicher Zustellung) mit erneuter
Verfassungsbeschwerde

Albin L. Ockl, Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung,
Zerschlagungsopfer, gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten von Staatsanwaltschaft Wuppertal,
Mehrfach-Täter, verantwortlich für Fortsetzung von politisch motivierten
Zerschlagungen mit Opferkriminalisierungsjustiz, vertreten von
Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth, Gerichtsvollzieher-Zentrum am
Stettiner Weg 26, 42549 Velbert

Begründung mit fortlaufender Nummerierung:

**10. Nach Einspruch und Anträge gegen den
Beschluss vom 27.08.2019 mit dem Rechtsmittel der
Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO
Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit
Verfassungsbeschwerde
wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör
nicht nur an der 16.Zivilkammer, sondern am gesamten
Landgericht Wuppertal
gemäß Art.103 Abs.1 GG iVm Art.20 Abs.4 GG und Art.1 Abs.1 GG
ebenso wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht
nach Art.6 EMRK (Menschenrecht auf ein faires Verfahren) wegen
einer langjährigen, Gerichte übergreifenden und entwürdigenden
Opferkriminalisierung des Zerschlagungsopfers zum "Täter"
trotz erdrückender Beweislage zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesopfer, Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden bis zu
Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

Detaillierte Ausführungen zum Kapitel 10 zusätzlich in der vernetzten Internet-
Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 45)

Das Zerschlagungsopfer hat den Beschluss des Einzelrichters vom 27.08.2019
mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO im
Verfahren der Sofortigen Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18
des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018 mit den Kapiteln 07 bis
09 zurückgewiesen:

Kapitel 07. Opferkriminalisierungsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer,
als Täter kriminalisiert wegen staatlich erzwungener Altersarmut
mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto,
mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht
Wuppertal
mit Kostenmaximierung durch eine Orgie von erzwungenen
Opferkriminalisierungsverfahren,
mit Richterwechsel an der 16.Zivilkammer
Politisch motivierte Sippenzerschlagung: Generationen übergreifend,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft bei Durchsetzung einer gigantischen,
kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden
Generation seit 1998

Aufdeckung der Wahrheit gegen eine Berliner Mauer des Schweigens mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre, Justizsperre trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel 08. Alle Beschwerdeverfahren an der 16.Zivilkammer einschließlich Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth sind Gegenstand der neuen Verfassungsbeschwerde vom 28.Aug.2019 wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen. Opferkriminalisierung der Opfer einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 Mit verruchten Methoden der NS-Justiz: Generationen übergreifende Sippenhaft mit zwei Todesopfer, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden

Kein Weiter so!

Antrag auf Fortsetzung der Schadenersatz-Verfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

> **Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)**

> **Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1.Mittäter am Geburtsort)**

Kapitel 09. An Perversität nicht zu überbieten:

Politisch motivierte Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Sippenhaft und Generationenhaft: Wie ist das möglich?

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenhaft in Generationen übergreifender Kontinuität mit 2 Todesopfern

Zerschlagungen sind das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort

mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre

Kein Weiter so!

Antrag auf vollumfängliche und lückenlose Aufklärung am Landgericht / Sondergericht, mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz und Antrag auf Wiederaufnahme der Schadenersatz- und Rehabilitierung-Verfahren mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Ohne Respektierung: Grundrechte, grundrechtsgleiche Rechte und Europäische Menschenrechte

Art.103 Abs.1 GG: Die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zeigt keinerlei Bereitschaft, das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör zu respektieren.

Art.20 Abs.4 GG : Die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zeigt keinerlei Bereitschaft, das grundrechtsgleiche Recht auf Widerstand zu respektieren, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Das juristische Niveau dieses Gerichtsverfahrens am Landgericht Wuppertal hat eine rote Linie längst unterschritten, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK mit dem

Menschenrecht auf ein faires Verfahren definiert wird: Sieh

Art.6 EMRK, wird vom deutschen Grundgesetz voll umfänglich unterstützt, dies insbesondere in Verbindung mit den Freiheitsrechten (hier nach mehrfacher Freiheitsberaubung weiter bedroht mit verfassungswidrigen Haftbefehlen) und Art.1 Abs.1 GG

Rubrum:

Staatsanwaltschaft Wuppertal, verantwortlich für Fortsetzung von **politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Opfer-Diskriminierung, Opfer-Kriminalisierung und Opfer-Terrorisierung**, hier vertreten von der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth aus dem Gerichtsvollzieher-Zentrum Velbert, Stettiner Weg 26, 42549 Velbert, das mit rüder Androhung von Haftbefehlen staatsanwaltschaftliche "Gläubiger"-Forderungen auch ohne Klage durchsetzen will:

Perversität dieser Staatsjustiz nicht mehr zu überbieten, indem mit abwechselnden Gerichtsvollziehern des Gerichtsvollzieher-Zentrums skrupellos Zwangsmaßnahmen generiert werden, die nicht mehr abgewehrt werden können, weil das Opfer befürchten muss, dass es wegen Verletzung seiner Freiheitsrechte wichtige Gerichtstermine nicht mehr befolgen kann und so Versäumnisbeschlüsse wegen staatsanwaltschaftlichen Zwangsmaßnahmen hinnehmen muss.

An diesem Landgericht Wuppertal werden seit 2016 nur noch Opferkriminalisierungsverfahren zugelassen: Sieh Kapitel 08 und Kapitel 09. **Politisch motivierte Sippenzerschlagung**, Generationen übergreifend, ist das Werk skrupelloser, überregional tätiger Staatsanwaltschaften bei Durchsetzung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998. Das Zerschlagungsoffer hat dazu in der 2.Zivilkammer eine erdrückende Beweislage vorgelegt.

Opfer-Kriminalisierung und Sippenhaft sind verruchte Verfahren einer NS-Justiz mit Unterstützung durch ein Ermächtigungsgesetz, das mit Anwendung von Notstandsgesetzen in Kriegszeiten vergleichbar ist.

Am verantwortlichen Landgericht Wuppertal werden sofortige Beschwerden des Zerschlagungsoffers als Rechtsbeschwerden umgedeutet, weil es keine Verantwortung habe, mit einer Staatsanwaltschaft, die sich abwechselnd durch Obergerichtsvollzieherinnen aus dem Leistungszentrum Velbert vertreten lässt: **Ein Opferkriminalisierungswahnsinn**, der nicht einmal in der Weihnachtszeit ausgesetzt werden kann!

Das Zerschlagungsoffer ist an den Amtsgerichten Velbert und Mettmann als Täter inzwischen derart diskriminiert und stigmatisiert, dass es überhaupt keine gerechte Justiz in diesem Gerichtsbezirk mehr erwarten kann:

Selbst zivile Sicherheit kann in diesem Gerichtsbezirk unter Verantwortung dieser Staatsanwaltschaft nicht mehr gewährleistet werden. Das Zerschlagungsoffer hat entsprechendes Beweismaterial in den Verfassungsbeschwerden vorgelegt. Die extreme Befangenheit im gesamten Gerichtsbezirk mit einer nicht mehr überwindbaren Taubheit bei Anhörungsrügen ist Faktenlage: Es gilt das Unrecht der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft, Grundrechte und Menschenrechte werden mit Füßen getreten.

Wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte bei Rechtsanwendungen nicht mehr respektiert werden, verlieren Rechtsanwendungen ihre Rechtskraft. **"Man muss Grundrechte nicht lieben, aber man muss sie respektieren"**, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Die erneute Anrufung des Bundesverfassungsgerichts ist hinreichend begründet.

Die Verfassungsbeschwerde zu diesem Gerichtsverfahren wird termingerecht vorgelegt. In der Verfassungsbeschwerde wird auf weitere Verfassungsbeschwerden wegen Fortsetzung politisch motivierter Sippenerschlagung mit Opfer-Diskriminierung, Opfer-Kriminalisierung und Opfer-Terrorisierung in 2019 und auf weitere Verfassungsbeschwerden wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz hingewiesen.

Der Beklagte ist kein Täter, sondern das von Staatsanwaltschaften diskriminierte und kriminalisierte Opfer, das Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung, **mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden. unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 mit Anspruch auf Aufdeckung der Wahrheit gegen eine Berliner Mauer des Schweigens mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre, Justizsperre trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.**

Velbert, 31.Dezember 2019



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

Künstliche Intelligenz wird von der Politik seit 2018, mehr als 30 Jahre später, erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Scroll down to Congress VI

Anlagen der sofortigen Beschwerde vom 31.Jan.2018

Anlage LG-1801

Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15.Jan.2018:
Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe durch Doppelverfolgung

Anlage LG-1802

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert mit Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt mit den Anlagen Staatsgewalt-Missbrauch 01 und 02

Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01

Förmliche Zustellung der OGV'in Kreyenpoth vom 18.10.2017 (zugestellt am 23.10.2017)

Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02

Einspruch des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom 07.Sept.2017 mit den Anlagen Zerschlagung5-01 und -02.

Anlage Zerschlagung5-01

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

Anlage Zerschlagung5-02

Urteil vom 10.08.2016 mit **strafbarer Rechtsbeugung**:

Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen fiktiver, wahrheitswidriger Verkehrsordnungswidrigkeit mit unerträglicher Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft

Die detaillierten Ausführungen zu

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlage LG-1803 a

Urteil des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016 zu Geldbuße von 180 € wegen Verkehrsordnungswidrigkeit, obwohl keine Verkehrsordnungswidrigkeit vorgelegen hat.

Anlage LG-1803 b

Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage LG-1804 a

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.12.2017: Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft von 7 (Stunden, Wochen, Jahre? Offensichtlich mit Formfehler)

Anlage LG-1804 b

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu

hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann
zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Anlage LG-1805 a

Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der
Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth vom 01.09.2017 mit

Anlage LG-1805 b

Zweitschrift der Staatsanwaltschaft für den Gerichtsvollzieher
mit 180 € aus Urteil vom 10.08.2016

Teuflich: So soll der Vollstreckungsschuldner aufs Kreuz gelegt und
betrogen werden: Verfassungswidrige Spitzenleistung!

Doppelte Vollstreckung mit Freiheitsberaubung unter dem
Deckmantel von Erzwingungshaft (**Anlage LG-1804 a**)

Legende aller schriftlichen Eingaben an das Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung verfassungswidriger Zwangsverfahren der Staatsanwaltschaft

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal

01. Unterzeichner ist nicht Schuldner, sondern als Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

ein Justizopfer ohne anwaltliche Unterstützung
trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

02. Schuldner ist nicht der Unterzeichner, sondern der staatliche Täter mit skrupelloser, diskriminierender, diffamierender, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft, weil Anspruch auf Schadenersatz, Rehabilitierung und Schmerzensgeld

Missbrauch gesetzlicher Einrichtungen für soziale Sicherheit zu sozialer Zerschlagung (Zerschlagung 4) und massiver Verstoß gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)

Missachtung des Einspruchs vom 07.Sept. 2017 und Missbrauch von Staatsgewalt durch die Obergerichtsvollzieherin für aktive Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Schriftsatz vom 30.Januar 2018: Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 1104/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 15.Jan.2018 (eingegangen am 18.Jan.2018) mit Zurückweisung jeglicher Kostenverantwortung wegen mehrfachen Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit Anweisung durch die beklagte Bundesregierung / Bundeskanzleramt

03. Justiz eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems: Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt) mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, für Treib- und Hetzjagd nach politisch motivierten Zerschlagungen trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

04. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt): Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

05. Treib- und Hetzjagd einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Weisung durch die beklagte Bundesregierung (Bundeskanzleramt): Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches, Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem seit 2010

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre

Eskalation zur Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**

sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit

Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

06. In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen muss sich vor

Obergerichtsvollzieherin verantworten und rechtfertigen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter

Zerschlagungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit

verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für

Deutschland, das von einer digitalen Spitzenstellung im globalen Vergleich

(2000) zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (2018) degeneriert ist

Hier: Verfassungswidrige Spitzenleistung mehrfachen Missbrauchs von

Staatsgewalt

durch lokale Justiz mit skrupelloser Staatsanwaltschaft

„Bußgeld“ aus Urteil mit Rechtsbeugung und anschließender

Doppelverfolgung

am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert

zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung des Opfers

in Verbindung mit Freiheitsberaubung, Diskriminierung und Diffamierung

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem:

Frontalangriff auf das Grundgesetz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Schriftsatz vom 15.September 2019 mit Einspruch und Anträgen gegen den Beschluss 16 T 48/18 vom 27.08.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO zu Sofortiger Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18 des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018 Einspruch mit den grundrechtsgleichen Rechten nach Art.103 Abs.1 GG und Art.20 Abs.4 GG

07. Opferkriminalisierungsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer,

als Täter kriminalisiert wegen staatlich erzwungener Altersarmut

mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto,

mit Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht

Wuppertal

mit Kostenmaximierung durch eine Orgie von erzwungenen

Opferkriminalisierungsverfahren,

mit Richterwechsel an der 16.Zivilkammer

Politisch motivierte Sippenzerschlagung: Generationen übergreifend,

Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft bei Durchsetzung einer gigantischen,

kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-

Politik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Aufdeckung der Wahrheit gegen eine Berliner Mauer des Schweigens

mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre, Justizsperre

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-

Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

08. Alle Beschwerdeverfahren an der 16.Zivilkammer einschließlich

Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth sind

Gegenstand der neuen Verfassungsbeschwerde vom 28.Aug.2019

wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör

im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen.
Opferkriminalisierung der Opfer einer gigantischen, kriminellen

Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter
Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Mit verruchten Methoden der NS-Justiz:
Generationen übergreifende Sippenhaft mit zwei Todesopfer,
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden
Kein Weiter so!

**Antrag auf Fortsetzung der Schadenersatz-Verfahren zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort**

> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)
> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1.Mittäter am Geburtsort)

09. An Perversität nicht zu überbieten:

Politisch motivierte Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen eines
herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa

Sippenhaft und Generationenhaft: Wie ist das möglich?

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenhaft in
Generationen übergreifender Kontinuität mit 2 Todesopfern
Zerschlagungen sind das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
am Wohnort und am Geburtsort

mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre

Kein Weiter so!

Antrag auf vollumfängliche und lückenlose Aufklärung am Landgericht /
Sondergericht, mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-
Instanz und Antrag auf Wiederaufnahme der Schadenersatz- und
Rehabilitierung-Verfahren

mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 29)

**Schriftsatz vom 31.Dezember 2019 mit Information zu Anrufung des
Bundesverfassungsgerichts nach Zurückweisung der Anhörungsrüge
mit Beschluss vom 12.12.2019 mit erneuter Verfassungsbeschwerde**

10. Einspruch und Anträge gegen den Beschluss vom 27.08.2019 mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO

Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde
wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör

nicht nur an der 16.Zivilkammer, sondern am gesamten Landgericht
Wuppertal

gemäß Art.103 Abs.1 GG iVm Art.20 Abs.4 GG und Art.1 Abs.1 GG ebenso
wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht nach Art.6 EMRK

(Menschenrecht auf ein faires Verfahren) wegen **einer langjährigen,
Gerichte übergreifenden und entwürdigenden Opferkriminalisierung
des Zerschlagungsopfers zum "Täter"**

trotz erdrückender Beweislage zu politisch motivierter

**Sippenzerschlagung mit Todesopfer, Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden bis zu
Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto**

**trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 45)